

# Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verleger: Carl Neubauer, Dresden.  
Verlagsnummer 25241  
Für die Nachdrucke: 20011.

Bezugs-Gebühr bei regelmäßiger Lieferung in Dresden oder durch die Post monatlich M. 5,00, Einzelnummer M. 25,-, Sonntagsausgabe M. 30,-.  
Anzeigen-Preise. Die Spaltenbreite 12 mm breite Zeile M. 30,-, außerhalb Sachsens M. 40,-, Familienanzeigen und Stellenangebote unter Weglassung jeder weiteren Notiz M. 2,-, Vorzugsplätze laut Tarif. Unverlangte Zuschriften gegen Vorauszahlung.  
Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. - Unverlangte Schriftstücke werden nicht zurückerhoben.

Druck- und Verlagsanstalt  
Königsplatz 38/40.  
Druck u. Verlag von Carl Neubauer in Dresden.  
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

**Hupfeld**  
Waisenhaus-Str. 24

Urteile und  
Literatur  
kostenlos

## TRI-PHONOLA

Als FLÜGEL, PIANO oder VORSETZER für persönliches Spiel oder zur selbsttätigen Wiedergabe des Urspiels erster Meister. Vorspiel bereitwillig

Das voll-  
kommenste  
Instrument

**Rönisch**  
Waisenhaus-Str. 24

## Pariser Winkelzüge gegen ein Moratorium.

### Die französische Auslegung der Pläne Bonar Law's.

Paris, 4. Dez. Das französische Kabinett beschäftigt sich mit der Frage, ob die britische Regierung beabsichtigt, den Vorschlag zu machen, Deutschland ein kurzes provisorisches Moratorium für höchstens zwei Monate zu gewähren. Es scheint sich um eine teilweise Auslegung der Pläne Bonar Law's, vielleicht auch der bisherigen Verhandlungen zwischen den Kabinetten von London und Paris zu handeln. Niemals habe Bonar Law die Ansicht ausgesprochen, es erlaube ihm Schwierigkeiten, die Reparationsfrage vor dem 31. Dezember d. J. zu regeln, weshalb man vielleicht ein Moratorium von ein- oder zweimonatiger Dauer ins Auge fassen müsse. Bonar Law habe also seinen letzten Vorschlag gemacht, sondern nur Poincaré gefragt. Dieser habe sich gegen den Gedanken eines Moratoriums gewandt und da Bonar Law nicht nach Paris kommen könne, sich entschlossen, nach London zu reisen, um jede Verzögerung zu vermeiden, die eine Regelung der Frage in diesem Jahre verhindern könnte. Hierdurch sei der Vorschlag der britischen Regierung hinfällig geworden. (W. T. N.)

### Die Ungewissheit über die Londoner Vorkonferenz.

London, 4. Dez. Von gutunterrichteter Seite verlautet, daß der neue Zeitpunkt des Beginns der Londoner Vorkonferenz der alliierten Premierminister noch nicht feststeht, da Mussolini noch keine endgültige Antwort erteilt habe. Wie man in London glaubt, dürfte man auf britischer Seite für den Fall, daß die britischen Konferenzen nicht mehr in diesem Jahre stattfinden kann, eine sehr kurzfristige Vereinbarung bezüglich der nächsten deutschen Reparationszahlungen befürworten. (W. T. N.)

### Ohne Pfänder kein Moratorium.

Der unerklärliche Standpunkt Frankreichs. (Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“.)  
Paris, 4. Dez. Der „Temps“ schreibt: Was zum Zusammenbruch der Londoner Konferenz könnten neue Tatsachen neue Situationen schaffen. So könnte die deutsche Industrie eine Anleihe in fremden Devisen aufbringen oder die amerikanische Finanzwelt eine größere Kreditoperation für die Reparationsforderungen vorschlagen. Wenn solche Vorschläge in präziser Form gemacht und mit den nötigen Garantien ausgestattet würden, so würden sie von Frankreich mit Aufmerksamkeit geprüft werden. Allerdings sei es leicht in diesem Falle wahrzunehmen, daß Deutschland für die nächste Zeit ein Moratorium verlangen werde und deshalb müßte immer wieder auf das nachdrücklichste betont werden, daß ohne Pfänder ein solches Moratorium für Frankreich unannehmbar sei. In London werde man sich zunächst mit der Frage der Pfändername und Abänderung solcher Pfänder im allgemeinen Interesse der Alliierten befassen müssen.

Der französisch-belgische Reparationsplan für London.  
London, 4. Dez. Die „Times“ berichtet aus Brüssel, Frankreich und Belgien seien übereinstimmend der Ansicht, daß auf der bevorstehenden Konferenz eine Lösung des Reparationsproblems auf folgender Grundlage gefunden werden

müsse: Es sei eine ausländische Anleihe abzuschließen, von der Frankreich den Betrag seiner Reparationsforderungen erhalte, und belassen den Teil, auf den es Kraft seines Prioritätsrechtes Anspruch habe. Wenn die Anleihe nicht angenommen werde, so werde Frankreich keine Handlungsfreiheit in Anspruch nehmen und Pfänder erarbeiten, insbesondere das Ruhrgebiet belassen.

London, 4. Dez. „Daily Mail“ berichtet aus Paris, es sei sicher, daß der Vorschlag einer Anleihe, der von Deutschland gemacht worden sei, abgelehnt werden würde. Die französische Regierung werde fordern, daß jede internationale Anleihe zwischen Deutschland und der Reparationskommission verteilt werde und daß sie von der strengsten internationalen Kontrolle der deutschen Finanzen begleitet sei. (W. T. N.)

### Belgien gegen die französischen Gewaltpläne.

London, 4. Dez. „Evening Standard“ zufolge verlautet, daß der schriftliche Meinungsaustausch zwischen den Premierministern Frankreichs und Belgiens dazu geführt habe, daß die belgische Regierung endgültig zu verstehen gegeben habe, daß sie nicht mit den französischen Vorschlägen übereinstimme, die gegen Deutschland in Aussicht genommen werden, für den Fall, daß ein Frankreich nicht betrieblandes Moratorium beschließen werden sollte. In politischen Kreisen in London wird erwartet, daß eine sehr heftige Rede entstehen werde, bevor die Konferenz der Premierminister eröffnet wird. Es wird angenommen, daß die Londoner Erörterungen über die Frage der Reparationen hinausgehen werden. Von gutunterrichteter Seite verlautet, daß neue Wege beschritten werden würden, mit dem Verlus, eine gemeinsame Politik bezüglich der deutschen Reparationen und der ebenso verwickelten Frage der alliierten Schulden zu erzielen. (W. T. N.)

### Das belgische Kabinett erschüttert.

Paris, 4. Dez. Dem „Censeur“ wird aus Brüssel gemeldet: Die Stellung des Ministeriums Thénis sei erschüttert. Man sehe voraus, daß ihm die Militärfrage den Todesstoß versetzen werde. Die Rechte selbst wolle Thénis beistimmen. Ein einflussreicher Katholik habe im Ministerkabinett geäußert, es sei der Wunsch seiner Anhängler, die Regierung noch vor der Wahl der Nationalversammlung zu verlassen. Man nenne Kaspar als Nachfolger von Thénis. Der Verlust, ihn an die Spitze zu bringen, werde aber mit wenig Begeisterung aufgenommen. Als zweiter Kandidat werde der ehemalige Minister Renaudin genannt, der jedoch gleichfalls mächtige Gegner habe.

### Die Ministerkrise in Frankreich.

Paris, 4. Dez. Die Erörterungen über die Wahrscheinlichkeit einer baldigen Ministerkrise in Frankreich dauern fort. Das „Echo National“ veröffentlicht unter dem Titel „Auf dem Wege zu einem Kabinett Tardieu“ einen Auszug aus der in Brüssel erscheinenden Zeitung „La Dépêche“, die Poincarés Rücktritt als sicher bezeichnet und Tardieu für den aussichtsreichsten Nachfolger erklärt. Hauptmittelpunkt des Kabinetts Tardieu würde u. a. auch Doudeur sein.

### Die Reichstreue des Rheinlandes.

Ein Aufruf aller Parteien.  
Aachen, 4. Dez. Die Deutsche nationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei, die Demokratische, die Zentrum- und die Vereinigte Sozialdemokratische Partei erlassen einen Aufruf, in dem sie gegen die Rheinlandpläne Frankreichs protestieren. In dem Aufruf ermahnen die Parteien ihr früheres Bekenntnis der unentwegten Zugehörigkeit zum deutschen Vaterland und heben hervor, daß von den Franzosen nicht bewiesen werden könne, daß Deutschland sich seiner Wiederherstellungsverpflichtungen absichtlich entziele. Die Parteien protestieren ferner gegen jeden Einritt in die deutsche Reichsregierung und die deutsche Verwaltung und berufen sich auf das von den Gegnern so oft im Weltkrieg proklamirte Selbstbestimmungsrecht der Völker. Das Reich und der Rhein seien untrennbar miteinander kulturell, historisch und wirtschaftlich verbunden.

### Eine neue Kontrollnote der Botschafter-Konferenz?

Das Garantiefomitee zur Verwirklichung der Kontrolle.  
Berlin, 4. Dez. Wie die „Nationalzeitung“ hört, soll der Reichsregierung eine Note der Botschafterkonferenz zugegangen sein, die sich mit der Umwandlung der bisherigen militärischen Kontrollkommission in ein Garantiefomitee der Entente beschäftigt. Die Botschafterkonferenz macht diese Umwandlung von verschiedenen Voraussetzungen abhängig, zu denen u. a. gehören: Erfüllung der feineren Ententeforderungen bezüglich der Reorganisation der Schupo, restlose Umstellung aller Fabriken, die Kriegsmaterial herstellen, auf Friedensarbeit und Auslieferung des noch in Deutschland befindlichen Kriegsmaterials. Die Veröffentlichung der Note soll bald erfolgen.

**Dollar (Amtlich): 8350**

Im Freiverkehr abends 6 Uhr: 8200

## Der Reichskanzler durch die Presse an die Nation.

Der neue Leiter der deutschen Staatsgeschichte konnte in einem Augenblicke, wo der politische Horizont auf das schwerste umwölkt ist, die Nation und die Welt nicht in Ungewissheit lassen, wie er die Lage ansieht. Es war daher eine Notwendigkeit für ihn, sich öffentlich für die Bedürfnisse des öffentlichen Lebens, daß er sich zu seinen bedeutenden Ausführungen den wirklichen Resonanzboden ausgewählt hat, den er finden konnte: Die Berliner Presse in der Vereinigung ihrer Spitzen bei dem Empfang im Reichstage. Es sind gute Worte, die der Reichskanzler da gesprochen hat, schlicht, aber fernig, zurückhaltend und doch unmissverständlich hart und nachdrücklich, ruhig in der Form, aber sehr im Maß, wie das so norddeutsche Art ist. Bei dem vorigen Reichskanzler, der das knatternde oratorische Rasenfeuer liebte, hatte man immer das Empfinden, das Faust gegenüber seinem Kammlus Wagner zum Ausdruck bringt: „Ja, eure Reden, die so blinkend sind, — In denen ihr der Menschheit Schatzkäse kräufelt, — Sind unerlässlich, wie der Nebelwind, — der herbeißt in den dünnen Blättern säufelt.“ Das hing mit dem Widerspruch zusammen, der sich regelmäßig zwischen den aus dem Impuls der Stunde geborenen Worten Dr. Wirths und seinen Taten ergab. Bei Dr. Cuno dagegen herrscht der Eindruck vor, daß für das Wesen des neuen Mannes das gilt, was Faust an der gleichen Stelle sagt: „Wenn ihr was Erntet habt zu lozen, — Ist's nötig, Worten nachzugehen? — Es trägt Verstand und rechter Sinn — Mit wenig Kunst sich selber vor.“

Was der Reichskanzler aus Richtlinien für sein Verhalten aufstellt, umfaßt in kurzen Zügen folgende Punkte: Verfestigung der Autorität im Innern, Verfestigung des Mißtrauens im Ausland, Zurückkommen mit Frankreich, aber ohne von den in der Note vom 13. November erhobenen Forderungen etwas zu opfern, Stabilisierung der Mark und keine weitere Preisgabe deutschen Bodens auch nur um eines Jolles Breite. Wenn dieses Programm restlos durchgeführt wird, ohne Wanken und Schwanken, ohne Jagen und Baudern, kann die Nation damit wohl zufrieden sein, unbeschadet des weiter unten gemachten Vorbehalts in der Reparationsfrage. Es und wie das geschehen wird, bleibt nun abzuwarten. Von der politischen Praxis hängt alles ab, Dr. Cuno mit seinem abgeklärten Sinn wird selbst nicht erwarten, daß ihm die Presse Vorwürfe überbringen wird, ehe die Beweise, daß er die schwierigen Verhältnisse zu meistern versteht, in greifbarer Gestalt vorliegen. Unter dieser Voraussetzung dürfen die Auslassungen des obersten verantwortlichen Beamten des Reiches schon jetzt einer allgemeinen grundsätzlichen Zustimmung fähig sein. Zu beachten ist es insbesondere auch, daß Dr. Cuno ohne Scheu die Sonde in eine schwere eiternde Wunde an unserem Volkstörper einsetzt, und den verlässlichen Zusammenhang feststellt, der zwischen dem gegen und gegenwärtigen Mißtrauen des Auslandes und der geradezu landesverräterischen Leppigkeit und Genüßsucht gewisser Kreise besteht. Wie Prinz Helwig dem ewig schenkenden Volk, so hat Dr. Cuno den deutschen Genüßgängern um jeden Preis, die der Not des Volkes durch ihre Jäkelhaftigkeit spotten, die Mahnung zugerufen: „Laßt ab vom Schlemmen!“ Wenn es schon soweit gekommen ist, daß durch besondere rechtliche Bestimmungen das Unwesen der Bars und der Dieben, in denen die Tanzmusik förmlich geschäftet und ein feines Sclaudern schamlos als einziger Lebenszweck gepflegt wird, eingedämmt werden muß, so darf sich kein Einseitiger wundern, daß im Ausland die Stimmen nicht verkümmert worden, die immer wieder die Anklage erheben, Deutschland täusche seine Armut nur vor, um sich seinen Reparationsverpflichtungen zu entziehen. Da war es wohl an der Zeit, daß einmal von hoher Seite auf diesen gewissenlosen Elementen ein Spiegelbild ihres verwerflichen Treibens vor Augen gehalten und die Niedrigkeit eines solchen Verhaltens vor dem klugen Urteil der Welt gebührend markiert wurde.

Untere Hauptfrage ist und bleibt Frankreich. Miesen- groß sind nach der Versicherung des Reichskanzlers die Bemühnisse, die sich hier vor und auswirken, und schier über menschliche Kraft scheint die Lösung der Aufgabe zu gehen, zwischen der drängenden nationalen Ungegend nach endlicher Befreiung von diesem völlig unerträglich gewordenen Joch und den Notwendigkeiten einer wohl abwägenden Realpolitik, die bei aller Festigkeit und Bestimmtheit nicht über das Anrecht bricht, sondern stets der Folgen ihres Tuns vom Standpunkt der Verantwortlichkeit aus bewußt bleibt, den richtigen Ausgleich zu finden. Der Vorklag Dr. Cuno: „Wir müssen mit Frankreich in Ordnung kommen“ hat gewiß seine Richtigkeit. Ihm steht aber die nackte harte Tatsache gegenüber, daß bis jetzt unter überreichlich zur Schau getragener guter Wille nichts erreicht, sondern nur immer neue schwere Forderungen und Demütigungen, immer neue Verdrübungen mit unerhörter Gewalt eingetragen hat. Das Frankreich auf diesem Wege nicht erreichen kann und wird, hat der Reichskanzler klar und ungeschönt betont. Zu sachlichen Verhandlungen aber ist die Regierung Dr. Cuno nach wie vor bereit, und das wird man billigen müssen. Die Grundlage für weitere Auseinandersetzungen bildet die

## Bayern und die Sühneforderungen Poincarés.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“.)  
München, 4. Dez. Die bayerische Volkspartei-Korrespondenz bringt zu den neuen Sühneforderungen der Entente eine bemerkenswerte Auslassung parteiloser Natur, in der es nach einem Vordruck der Vorkommnisse in Passau und Ingolstadt und einer Kennzeichnung der ausgesprochenen Demütigungsabsichten heißt: Die unerhörten Sühneforderungen der Entente an die Städte Passau und Ingolstadt, das Anrufen an den bairischen Ministerpräsidenten, schriftlich Buße zu leisten, das Verlangen, Beamte zu mahnen, die keine Schuld trifft, und die Forderungen mit dem Hinweis auf die Platz gehen weit über das hinaus, was man von einer deutschen Regierung in diesem Falle billigen kann. Wenn in München endgültige Beschlüsse auch erst fassbar werden können, wenn der Ministerpräsident mit dem Reichskanzler abgerufen haben wird, so steht jetzt schon fest, daß, soweit Bayern in Frage kommt, dem Verlangen der Entente in dem gewünschten Ausmaß nicht entsprochen werden kann. Die Erklärung schließt mit dem Ausdruck der Erwartung, daß das Kabinett Cuno, wenn es nicht die Sympathien, deren es sich in Bayern erfreut, verlieren will, den bairischen Standpunkt in dieser Frage würdigen und entsprechend berücksichtigen werde.

### Die unmögliche Geldbuße für Ingolstadt.

München, 4. Dez. Der Bürgermeister von Ingolstadt erklärte Pressevertretern über die Sühneforderung der Entente, daß die Stadt unter keinen Umständen in der Lage sei, eine so horrend Summe zu zahlen.

### Der bayerische Ministerpräsident in Berlin.

Berlin, 4. Dez. Wie verlautet, trifft der bayerische Ministerpräsident morgen vormittag hier ein und wird mit dem Reichskanzler eine Besprechung haben. Die übrigen Staatsminister treffen morgen abend hier ein. Die erste gemeinsame Besprechung dürfte etwa morgen abend oder Mittwoch vormittag stattfinden. (W. T. N.)